Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0209/2019
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr	25.06.2019	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Errichtung des Neubaus GGS Bensberg

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr befürwortet die weitere Planung für den Neubau der GGS Bensberg entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten Fassung inkl. einer Turnhalle.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf gemäß Leistungsphase 3 zu erstellen. Sobald dieser vorliegt, wird der Entwurf mit der Kostenberechnung und einem entsprechenden Finanzierungsvorschlag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Sachdarstellung / Begründung:

Mit AUKIV-Beschluss vom 15.02.2017 sollten Fördermittel aus dem Schuldenhilfegesetz NRW „Gute Schule 2020“ u.a. für den Neubau der GGS Bensberg verwendet werden.

Zu diesem Zweck wurde das Ingenieurbüro Kniffler aus Bergisch Gladbach mit einer intensiven Grundlagenermittlung und einem Vorentwurf zum Schulneubau mit integriertem OGS-Angebot beauftragt. Gleichzeitig sollte die Machbarkeit einer Turnhallenerweiterung auf dem Schulgrundstück gewahrt bleiben. Dazu ist in 2016 eine dem Schulgrundstück angrenzende Parzelle von der Stadt erworben worden.

Mit allen Beteiligten (Schule, OGS, FB4 und FB5) wurde auf der Grundlage der Kölner Schulbaurichtlinie, der KGSt-Leitlinie sowie aktueller Empfehlungen der Montag Stiftung (Stiftung zur Förderung u.a. im Bereich Bildung) ein Raumprogramm aufgestellt, das auch insbesondere die Montessori-Pädagogik und den OGS-Betrieb berücksichtigt. Nach einigen Abstimmungsterminen konnte ein Kompromiss im Raumbedarf unter den Beteiligten erarbeitet werden, welcher der Montessori-Pädagogik gerecht wird und eine ausreichende OGS-Betreuung ermöglicht.

Bei der Entwurfsbearbeitung stellte sich heraus, dass bei dem abgestimmten Raumprogramm ein eigenständiges Turnhallengebäude auf dem Grundstück nur unter Einschränkungen der Funktionalität und der Pausenhofflächen realisierbar ist.

Die Verwaltung schlägt aus wirtschaftlichen und technischen Gründen vor, den vom Architekturbüro Kniffler erarbeiteten Vorentwurf eines Schulgebäudes mit integrierter Turnhalle weiter zu verfolgen. Ein späterer Bau der Turnhalle auf dem Grundstück wäre aufgrund der fehlenden Flächen (Baustellenzuwegung und Einrichtung) kaum zu realisieren. Die GGS Bensberg ist die einzige größere Grundschule ohne eigene Turnhalle, dies ist aus pädagogischen Gründen nicht zu befürworten.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme werden aufgrund der 2-Zügigkeit, der Inklusion, des offenen Ganztagsangebotes und der integrierten Turnhalle auf rund 11,5 Mio. Euro abgeschätzt.

Es ist nun die Entscheidung zu treffen, ob der Schulstandort zukünftig ohne Turnhalle betrieben werden soll, oder entsprechend des Verwaltungsvorschlages das kombinierte Schul-/Turnhallengebäude bis zum Entwurf (LPH 3 HOAI) weiter ausgearbeitet werden soll. Der Entwurf könnte Ende des Jahres 2019 als Maßnahmenbeschluss mit ausgearbeiteten Finanzierungsvorschlägen in den AUKIV eingebracht werden.

Hinweis zur Finanzierung:

Bisher ist die Maßnahme im Wirtschaftsplan des Immobilienbetriebs nur anteilig etatisiert. (Im Rahmen des Programms „Gute Schule 2020“ wurden für einzelne Maßnahmen lediglich „Platzhalter“ in den Wirtschaftsplan aufgenommen. Die so für diese Schule zunächst vorgesehenen rund 5,3 Millionen Euro werden aufgrund von Mehrkosten bei anderen Maßnahmen voraussichtlich nicht mehr in voller Höhe zur Verfügung stehen.) Dieser Vorlage liegt nun eine Kostenschätzung für die Maßnahme in Höhe von 11,5 Millionen Euro zugrunde.

Wenn der Ausschuss mit diesem Beschluss seine Zustimmung zur weiteren Planung (insbesondere zur Integration einer Turnhalle) gibt, wird der Entwurf gemäß Leistungsphase 3 erstellt, sodass dann eine Kostenberechnung vorliegt, die den weiteren Finanzierungsüberlegungen zugrunde gelegt werden kann.

Es zeichnet sich aber bereits jetzt ab, dass – nicht nur aufgrund dieser Maßnahme – der zurzeit noch geltende Kreditdeckel (Höchstsumme der von der Aufsichtsbehörde genehmigten Kreditaufnahme) überschritten wird. Voraussichtlich wird daher im Rahmen der Aufstellung der Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und eines Nachtragshaushalts für den Kernhaushalt eine erneute Priorisierung der städtischen Investitionen erforderlich.